An die Abgeordneten der Fraktionen
von CDU/CSU und SPD
aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz,
Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern
im Deutschen Bundestag
via E-Mail

18. November 2026

EEG 2027 und Netzpaket: Eine Einigung, die Investitionen auslöst
Für Investitionen, Wachstum und eine sichere Versorgung aus unseren Regionen

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir schreiben Ihnen aus sieben Ländern und mit einer Stimme: die Landwirtschaft und die Unternehmen der erneuerbaren Energien aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Hinter uns stehen Landwirte, Mittelständler, Handwerksbetriebe, Bürgerenergiegesellschaften und Stadtwerke. Sie investieren ihr eigenes Kapital, beschäftigen Menschen in Ihren Wahlkreisen und erzeugen den Strom und die Wärme, die dieses Land braucht.
EEG 2027 und Netzpaket gehen jetzt in die entscheidende Phase. Wir wollen eine Einigung, und zwar eine gute. Wir bitten Sie, in diesen Tagen eines im Blick zu behalten: Ob diese Gesetze unserem Land nützen, entscheidet sich nicht am Tag der Verabschiedung, sondern an den Investitionen, die sie in den Jahren danach auslösen oder verhindern.

Wer hier am Tisch sitzt

In unseren sieben Bundesländern steht mehr als die Hälfte der deutschen Windenergieleistung an Land. Hier sind rund zwei Drittel der Photovoltaikleistung installiert und zwei Drittel der deutschen Biogasanlagen in Betrieb. Zugleich befinden sich hier mehr als 90 Prozent der Wasserkraftleistung. Rund 197.000 landwirtschaftliche Betriebe bewirtschaften knapp 60 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands. In den sieben Ländern leben rund 57 Millionen Menschen und damit mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung.

Das ist keine Nische. Das ist das wirtschaftliche Rückgrat des ländlichen Raums. Die Energiewende wird nicht in wenigen Konzernzentralen gemacht, sondern auf

Hunderttausenden Höfen, in Tausenden Betrieben und von Bürgern, die sich zusammentun. Wir sprechen für diese Macher. Sie wollen investieren. Man muss sie nur lassen.

Investitionen und Konjunktur aus der Fläche

Deutschland braucht Wachstum, und dafür braucht es privates Kapital. Die Energiewirtschaft im ländlichen Raum ist eines der wenigen Felder, in denen dieses Kapital bereitsteht. Ob flexible Biogasanlagen mit kommunalen Wärmenetzen, Großwärmepumpen im Verbund mit Wind und Photovoltaik mit Speichern: Die Projekte sind vielfach geplant, genehmigt und finanzierungsbereit.

Jeder Euro, der dort investiert wird, wirkt in der Region: bei Handwerk, Zulieferern, Service, Banken und Kommunen. Er bleibt im Land, statt für importiertes Gas und Öl abzufließen. Das ist ein Konjunkturprogramm, das den Bundeshaushalt kaum belastet, wenn der Rahmen stimmt.

Investoren und Banken entscheiden aber nach Verlässlichkeit. Schon heute stellen Unternehmen unserer Branche Projekte zurück und bauen Stellen ab, weil die Finanzierung unter den Entwürfen nicht mehr darstellbar ist. Die Gesetzentwürfe enthalten keinerlei Abschätzung, wie sie auf Investitionen, Beschäftigung und Wachstum wirken. Der Blick allein auf das EEG-Konto ersetzt kein wirtschaftspolitisches Konzept.

Heimische Versorgungssicherheit

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, was Abhängigkeit von Energieimporten kostet. Strom und Wärme aus Wind, Sonne und Bioenergie werden hier erzeugt, von Betrieben, die hier zu Hause sind. Steuerbare Bioenergie, Wasserkraftwerke und Speicher liefern gesicherte Leistung genau dann, wenn Wind und Sonne fehlen, und zwar dezentral in der Mittelspannung, nahe an den Verbrauchern.

Es war stets der Mittelstand in der Fläche, der unser Land durch schwierige Zeiten getragen hat. Heute tut er das mit neuen Mitteln: mit Wind, Sonne, Biogas, Wasserkraft, Speichern und digitaler Steuerung. Wer Versorgungssicherheit will, sollte diese Akteure stärken, statt sie mit Unsicherheit auszubremsen.

Der Knotenlöser: der Netzverknüpfungspunkt als Schnittstelle

Das größte Hemmnis ist heute der Netzanschluss. Hier liegt zugleich die größte Chance des Netzpakets. Wird der Netzverknüpfungspunkt zur maßgeblichen Schnittstelle, gilt dort eine klare, verlässliche Grenze für die Einspeisung. Dahinter entscheidet der Unternehmer selbst, wie er Wind, Sonne, Bioenergie, Wasserkraft, Speicher und neue Verbraucher wie Gewerbe, Wärmenetze oder Elektrolyse kombiniert. Der vorhandene Anschluss wird besser genutzt, ohne immer und überall zusätzliches Kupfer in der Erde vergraben zu müssen.

Das ist gelebte Ordnungspolitik hin zu mehr Effizienz: klare Regeln an der Schnittstelle, unternehmerische Freiheit dahinter. Und es ist echter Bürokratieabbau. Statt

Gebietskulissen, Ausweisungsverfahren und Einzelfallentscheidungen über jede Anlage braucht es einen einheitlichen, digital abbildbaren Standard, den Netzbetreiber und Erzeuger gemeinsam anwenden. Der Netzverknüpfungspunkt ist dabei kein Ersatz für Verlässlichkeit an anderer Stelle: Er entfaltet seine Wirkung nur, wenn die Rahmenbedingungen insgesamt kalkulierbar bleiben.

Worauf es bei der Einigung ankommt

Ob dieser Knotenlöser wirkt, entscheidet sich an wenigen Stellschrauben: am Bezugspunkt der Regel, am Vertrauensschutz für laufende Projekte, an der Freiheit hinter dem Netzverknüpfungspunkt und an Regeln, die zur jeweiligen Technologie passen. Wir stehen für Versorgungssicherheit und Netzstabilität und halten es deshalb für selbstverständlich, dass in Netzengpass- und Netznotfallsituationen bei Bedarf auch vor dem Netzverknüpfungspunkt geregelt wird, um überschüssigen Strom gezielt vor Ort nutzbar zu machen.

Richtig gesetzt, löst das Netzpaket eine Investitionswelle im Mittelstand und in der Landwirtschaft aus und legt die Grundlage für die anstehenden Gesetze zu den Verteilnetzen und ihrer Digitalisierung. Falsch gesetzt, verkehrt es dieselbe Idee in ihr Gegenteil.

Deshalb kommt es jetzt auf eine Einigung an, die diese Stellschrauben richtig setzt. Kompromisse, die auf den letzten Metern Zahlen zwischen den Verhandlungspartnern verschieben, aber die Systematik nicht durchdenken, schaden am Ende allen Seiten und kosten mehr als jeder Engpass. Ebenso schadet eine lange Hängepartie: Was jetzt nicht investiert wird, wird nicht nachgeholt.

Unsere Bitte

Viele von Ihnen haben in Fraktion und Landesgruppe auf die Folgen für die Regionen hingewiesen. Dafür danken wir Ihnen. Mit diesem Brief stärken wir Ihnen ausdrücklich den Rücken für eine Einigung, die in den Regionen trägt. Wir bitten Sie:

1. **Nutzen Sie den Sachverstand aus der Praxis.** Wo Kompromisslinien Neuland betreten, lohnt ein Blick darauf, wie sie in den Betrieben wirken. Wir stehen Ihnen in den kommenden Tagen jederzeit kurzfristig zur Verfügung.
2. **Machen Sie Investitionen, Beschäftigung und Versorgungssicherheit zum Maßstab,** nicht allein die Kosten im Haushalt.
3. **Setzen Sie den Netzverknüpfungspunkt als Schnittstelle konsequent um:** mit klaren Regeln am Anschluss, Freiheit dahinter sowie Kalkulierbarkeit und Vertrauensschutz für Projekte, die bereits auf dem Weg sind.
4. **Sichern Sie den Übergang.** Die Ausschreibungen 2027 müssen starten können. Betriebe mit auslaufender Förderung, laufenden Genehmigungen und getätigten Investitionen dürfen nicht in eine Lücke fallen.

Gute Gesetze für die Fläche entstehen mit denen, die dort wirtschaften. Kommen Sie gern in unsere Betriebe. Die Einzelheiten haben unsere Bundesverbände in ihren Stellungnahmen dargelegt; im Gespräch erläutern wir sie Ihnen jederzeit, im Wahlkreis wie in Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Landwirtschaft

Günther Felßner
Präsident, Bayerischer Bauernverband

Karsten Schmal
Präsident, Hessischer Bauernverband

Karsten Trunk
Präsident, Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern

Hubertus Beringmeier
Präsident, Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e.V.

Erich Gussen
Präsident, Rheinischer Landwirtschafts-Verband e.V.

Marco Weber
Präsident, Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau

Klaus-Peter Lucht
Präsident, Bauernverband Schleswig-Holstein e.V.

Für die erneuerbaren Energien

Jörg Dürr-Pucher
Vorsitzender, Plattform Erneuerbare Energie Baden-Württemberg

Heinrich Gärtner
Vorsitzender, LEE Bayern e.V.

Johann-Georg Jaeger
Vorsitzender, LEE Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Hans-Josef Vogel
Vorsitzender, LEE NRW e.V.

Christoph Zeis
Vorsitzender, LEE Rheinland-Pfalz / Saarland e.V.

Christian Andresen
Vorsitzender, LEE Schleswig-Holstein e.V.